



Ex-Siemens-Chef Löscher

SIEMENS

30 Millionen zum Abschied

Der frühere Siemens-Chef Peter Löscher erhält nach seinem Ausscheiden aus dem Unternehmen im vergangenen Sommer einen erheblich höheren Betrag als bislang angenommen. Bereits auf der Hauptversammlung Ende Januar musste Aufsichtsratschef Gerhard Cromme heftige Kritik einstecken, weil er seinem einstigen Wunschkandidaten zum Abschied laut Geschäftsbericht gut 17 Millionen Euro Abfindung bewilligt hatte. Die tatsächliche Summe liegt allerdings noch deutlich höher: bei bis zu 30 Millionen Euro. Die Differenz erklärt sich durch Aktienzusagen, die der Konzern Löscher eingeräumt hat, also Anrechte auf den Gratisbezug von Siemens-Anteilscheinen. Löscher hatte zum Zeitpunkt seines Abgangs insgesamt rund 132.000 derartige Aktienzusagen angesammelt – im Gesamtwert von knapp 13 Millionen Euro. Sie wären nach den geltenden Vergütungsrichtlinien eigentlich verfallen. Bei Löscher und einem weiteren ausgeschiedenen Vorstandsmitglied blieben sie jedoch aus Kulanzgründen erhalten. Im Gegenzug sicherte er zu, bis Herbst 2015 bei keinem direkten Siemens-Wettbewerber anzuheuern. Gut ein Drittel der Bezugs-scheine durfte der Ex-Konzernchef im vergangenen November schon einlösen. Ob er ab 2015 auch die zweite und dritte Tranche in Anspruch nehmen kann, hängt vor allem vom Erfolg seines Nachfolgers Joe Kaeser ab. Der muss bestimmte Vorgaben bei Umsatz, Gewinn oder Rendite erreichen, damit Löscher die Aktien zugeteilt werden.

HENNING SCHACHT / DDP IMAGES

GENMAIS

Deutschland kann nicht aussteigen

Anders als vom bisherigen Agrarminister Hans-Peter Friedrich (CSU) in Aussicht gestellt, wird ein nationales Anbauverbot für neue Genmaissorten nicht ohne weiteres möglich sein. Friedrich hatte in der vergangenen Woche eine sogenannte Opt-out-Möglichkeit für Deutschland ins Spiel gebracht. Damit wollte er die vom EU-Ministerrat letztlich durchgewinkelte Zulassung der neuen Genmaissorte 1507 in Deutschland verhindern. Doch eine derartige Ausstiegsklausel gebe es „weder für Länder oder Bundesländer noch für Regionen“, so ein Sprecher des EU-Verbraucherschutz-

kommissars Tonio Borg. Eine entsprechende Regel sei zwar seit Jahren in der Diskussion, werde aber bislang „vor allem von drei großen EU-Staaten blockiert“ – darunter auch Deutschland. Sie würde es Staaten erlauben, etwa bei starken Vorbehalten der Bevölkerung einen Anbau von Gentech-Pflanzen zu verbieten. Die einzige Ausstiegsmöglichkeit für Deutschland wäre derzeit der Nachweis, dass die neue Genmaissorte Umwelt oder Gesundheit gefährdet. Wiederholte Studien der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit haben dies bisher nicht belegt.



Genmais-Feld in Brandenburg 2005

JOCHEN ZICK / KEystone